

SOZIALISMUS ALS SINNWELT. Diktatorische Herrschaft in kulturhistorischer Perspektive

Martin Sabrow

Je weiter das halbe Jahrhundert kommunistischer Herrschaft in Mitteleuropa in die Vergangenheit rückt, desto bizarrer und unverständlicher erscheinen uns die Praktiken, Überzeugungen und Rituale, die das Leben der Menschen im Projekt Sozialismus bestimmt haben.¹ Mit ungläubigem Lächeln, mit Unverständnis und auch mit Schauer hören wir von einer vergangenen Welt, in der der Kult um den „weisen Führer Stalin“ zu ehrfurchtsvollen Gedichten fand und in der man sang: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“. Mit einem unkommentierten Zitat des Bolschewiken Grigori Sinowjew von 1918 führt in diesen Tagen eine Leipziger Tagung in die Schrecken des organisierten Hungertodes von 1932/1933 in der Ukraine ein, der im Rahmen der Zwangskollektivierung zwischen fünf und sieben Millionen Menschen das Leben kostete: „Wir müssen 90 von 100 Millionen der sowjetischen Bevölkerung hinter uns haben. Was den Rest betrifft, so haben wir ihnen nichts zu sagen. Sie müssen vernichtet werden.“ Aus solchen Worten des Schreckens spricht eine unserer Zeit fast unverständlich gewordene Welt der Gewaltliebe und der Unmenschlichkeit, an die etwa in Berlin und Potsdam die zu Gedenkstätten verwandelten Haft- und Verfolgungsorte der Staatssicherheit und des KGB erinnern oder in Budapest das „Haus des Terrors“. Um einen Einblick in das uns so fremde Denken der selbsternannten „Baumeister des Sozialismus“ (so der Titel eines Ulbricht-Films von 1953) zu gewinnen, benötigen wir Heutigen die Hilfe von Übersetzern wie Arthur Koestler oder Lew Kopelew, die nach dem Erwachen immer wieder ihre einstige Andersartigkeit zu begreifen suchten: „Wir glaubten es bedingungslos. Glaubten, dass die Beschleunigung der Kollektivierung notwendig sei [...], um die Millionen von Bauern umzuerziehen, diese Kleineigentümer, potentiellen Bourgeois und Kulaken, sie in bewußte Werktätige zu verwandeln [...]. Meine Beteiligung“, sagt Kopelew, „[...] ist unentschuldig und unverzeihlich. Von einer solchen Sünde betet man sich durch nichts frei. Nie kann man sie abbüßen. Man kann nur versuchen, ehrlich mit ihr zu leben.“²

Kommunistische Herrschaft - ein Leviathan?

Folgerichtig zeichnen sich im diffuser werdenden Dämmerlicht der kommunistischen Vergangenheit immer flächiger die beiden großen Lager der Täter und der

1 Vortrag anlässlich der Konstituierung des gemeinsamen Forschungsvorhabens des Instituts für Zeitgeschichte Prag und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam „Sozialistische Diktatur als Sinnwelt. Repräsentationen gesellschaftlicher Ordnung und Herrschaftswandel in Ostmitteleuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, Prag, 1. November 2007.

2 Lew Kopelew, Und schuf mir einen Götzen. Lehrjahre eines Kommunisten, Göttingen 1996, S. 340 u. 369.

Opfer ab, auf die sich die öffentliche Diskussion in den letzten 15 Jahren der postkommunistischen Diktaturaufarbeitung immer stärker konzentriert hat. Vor wenigen Wochen wurde die deutsche TV-Nation von einem Fernsehrama berührt, das den standhaften Kampf einer aus der Haft in den Westen entlassenen Mutter um ihre Kinder in der DDR schildert: „Die Frau vom Checkpoint Charlie“. ARD-Programmdirektor Günter Struve bezeichnete den Film als die „dramatische Geschichte einer Frau, die zum Spielball des Kalten Krieges wurde“. Er zeige „einen Staat, der Kinder als Geisel hielt sowie Bespitzelung und Überwachung als Existenzgrundlage verstand.“³ Eine solche von der Macht der brutalen Unterdrückung bestimmte Sicht auf die Welt des Kommunismus im 20. Jahrhundert ist nicht allein dem Fernsehen vorbehalten. Im Verein mit staatlicher Geschichtspolitik und zivilgesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen hat sich nach 1989 in Deutschland auch die Fachwissenschaft erfolgreich dafür eingesetzt, das ganze Ausmaß von Überwachung, Verfolgung und Terror zu erhellen, das die Geschichte des Kommunismus an der Macht von 1917 bis zum Untergang begleitete.⁴ In Bezug auf die überwundene SED-Diktatur schuf ein eigenes Stasi-Unterlagengesetz die Voraussetzungen, um mit Hilfe einer breiten Akteneinsicht durch Millionen Betroffener die zerstörerische Wirkung der ostdeutschen Geheimpolizei aufzudecken und in das gesellschaftliche Bewusstsein zu heben.

Das düstere Bild, das eine auf Täter und Opfer konzentrierte Diktaturaufarbeitung zeichnet, ist weder falsch noch entbehrlich. Es hilft, die fundamentalen Unterschiede zwischen Freiheit und Unfreiheit, zwischen Toleranz und Zwang, zwischen Rechtsstaat und Willkür lebendig zu halten, und es versucht mit öffentlicher Aufmerksamkeit und Anteilnahme notdürftig gut zu machen, was diktatorische Unterdrückung im 20. Jahrhundert Menschen angetan hat. Welche Erklärungskraft aber hat eine Sicht, die die Welt des Kommunismus an der Macht als Leviathan beschreibt, und wie kann sie dem von vielen weit weniger düster erinnerten Alltagsleben in der Diktatur gerecht werden? Die Diskussion um das Votum einer von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes zur DDR-Aufarbeitung hat gezeigt, welche Brisanz der Frage nach dem Alltag in der kommunistischen Diktatur innewohnt und wie schnell sie zu dem Vorwurf führen kann, die DDR-Diktatur zu verharmlosen oder „weichzuspülen“.

In einer vor kurzem von der Bundesregierung veröffentlichten Neufassung des von der Expertenkommission vorgelegten Aufarbeitungskonzepts heißt es: „Das Thema ‚Alltag in der DDR‘ wird berücksichtigt, um einer Verklärung und Verharmlosung der SED-Diktatur und jeder ‚Ostalgie‘ entschieden entgegenzuwirken. [...] Darstellungswürdig sind nicht die vermeintlichen ‚Bindungskräfte‘ der

3 www.mdr.de/brisant/promi-klatsch/4833942.html.

4 Vgl. Stéphane Courtois u.a. (Hg.), *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror*, München 1998; Jens Mecklenburg/Wolfgang Wippermann (Hg.), *Roter Holocaust? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus*, Hamburg 1998; Ulrich Mähler/Hermann Weber, *Die Erforschung der DDR-Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart*, Opladen 2000.

DDR, sondern das ‚Angst-Anpassungssyndrom des Alltags‘ (Joachim Gauck).⁵ Aus diesem Blickwinkel erscheint der zweite deutsche Staat als ein politisches Gefängnis, das seine Bürger als „Staatsinsassen“ hielt und zur „Duldungsstarre“ verpflichtete. In der Debatte um das Votum der Expertenkommission sind auch prominente deutsche Zeithistoriker dieser Sichtachse gefolgt, die das Funktionieren der Diktatur aus der Macht ihrer Repression und der Dichte ihrer Überwachung ableitete: „Die Stasi dürfte doch wohl charakteristischer für die DDR gewesen sein als die Kinderkrippen“,⁶ lautete das Argument, das im Sommer 2006 der Expertenempfehlung entgegengehalten wurde, der DDR-Gesellschaft und ihrer Lebenswelt einen breiteren Platz in der zukünftigen Aufarbeitung einzuräumen. Kritiker verwahrten sich entschieden dagegen, dass „dem Alltag und den Bindungskräften in der kommunistischen Diktatur durch staatlich finanzierte Einrichtungen verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt“ werde, und werteten die „aufdringliche Homöopathisierung der ostdeutschen Diktaturgeschichte“ als Verharmlosung der politischen Realitäten in einer unfreien Gesellschaft.

Kommunistische Legitimationsstrategien

Nun kommt allerdings auch die entschlossenste Kennzeichnung des sowjetischen Systems als totalitäre Herrschaft nicht ohne den Verweis auf flankierende Faktoren aus, die den Machthabern die Gefolgschaft sicherten und den „Okkupationssozialismus“⁷ der Satellitenstaaten über Jahrzehnte hinweg am Leben erhielten. „Durch die Dualität von Versorgung und Überwachung sollte der SED-Staat stabilisiert werden“, während die „Kolonisierung der Köpfe“ bei der Mehrheit der Bevölkerung misslungen sei, urteilt eine weit verbreitete DDR-Gesamtdarstellung aus den neunziger Jahren.⁸ Peter Graf Kielmansegg diskutiert in seiner Deutschen Geschichte „Nach der Katastrophe“ die DDR als eine deutsche Möglichkeit, die vier Legitimationsstrategien verfolgte: Sozialismus, Antifaschismus, Frieden, Wohlfahrt – und mit allen scheiterte.⁹

Die DDR als bloßen Leviathan zu beschreiben, geht zudem an dem Umstand vorbei, dass die SED-Herrschaft wie alle totalitären Regime des 20. Jahrhunderts eine Partizipationsdiktatur darstellte und sich über die massenhafte Einbindung ihrer Bürger als Unterworfenen und Unterwerfer zugleich entfaltete. Schon 1948

5 Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, (Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption gemäß Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 zur Vorlage an den Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages).

6 Horst Möller, Trabi, Stasi, Kinderkrippen. Das Gedenken an das SED-System wird neu geregelt. War die DDR nur ein Unterdrücker-Staat? Gab es einen normalen Alltag? Ein Zwischenruf, in: Rheinischer Merkur, 22.6.2006.

7 Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998, S. 643.

8 Ebd., S. 646.

9 Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.

versammelte die SED zwei Millionen Anhänger in ihren Reihen, und bis 1989 war fast jeder siebte Bürger Mitglied der Einheitspartei. Auch war die Ausübung staatlicher und parteilicher Macht im SED-Staat zwar zu keiner Zeit gesetzlich beschränkt, aber sie war ebenso wenig unbeschränkt. Stets blieb sie an regelhafte Entscheidungsprozeduren geknüpft und ungeschriebenen, aber selbstverständlichen Normen der Parteidisziplin unterworfen, die im Extremfall auch Minister und ZK-Mitglieder zu bloßen Erfüllungsgehilfen stempeln konnte, was selbst für die Mehrheit der Mitglieder des „allmächtigen“ Politbüros den Einfluss auf die bloße Macht des Mitmachens reduzierte. Die vermeintliche Allmacht des Ersten Sekretärs bzw. Generalsekretärs der Staatspartei wiederum brach sich im Konfliktfall nicht nur am Willen Moskaus, sondern ebenso an der Beharrungskraft des Parteiapparats und einem nie unbegrenzt außer Kraft zu setzenden Prinzip der kollektiven Führung, dessen unberechenbarer Wiedererstarkung am Ende ihrer Parteikarriere gleich beide Staatschefs zum Opfer fielen: im Frühjahr 1971 Walter Ulbricht und im Herbst 1989 Erich Honecker. Auf der anderen Seite verharrte auch die ostdeutsche Bevölkerung keineswegs im Zustand der bloßen Ohnmacht. Die DDR war eine Diktatur, in der Täter- und Opferrollen immer wieder vertauscht werden konnten. Viele ihrer späteren Gegner hatten zeitweilig zu ihren entschlossensten Unterstützern gehört, und erstaunlich viele Machtkarrieren waren zugleich von Phasen zeitweiliger Kaltstellung oder innerparteilicher Verfolgung durchzogen.

Die empirische Forschung hat sich daher nach 1990 mehrheitlich bald wieder von analytischen Modellen gelöst, die die DDR als totalitäre Herrschaft auf den Machtsäulen von Militär und Mauer zu fassen versuchen, und statt dessen ein Verständnis von politischer Herrschaft zu entwickeln gesucht, das das Verhältnis von Macht und Ohnmacht, von Staat und Individuum, nicht in antithetischer Gegenüberstellung, sondern als vielschichtiges soziales Beziehungsgeflecht beschreibt. Ausgehend von Max Webers Definition, der zufolge Herrschaft die Chance bezeichnet, „für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“¹⁰, zeigt sich die Stärke des Kommunismus doppelt gegründet: nämlich zum einen auf den politischen Führungsanspruch der Avantgarde-Partei und zum anderen auf die Bereitschaft, diesen Anspruch anzuerkennen und ihm bei sich und anderen Geltung zu verschaffen. Auch im Falle diktatorischer Systeme macht die tatsächliche physische Zwingkraft der Machthaber eben nicht allein das Wesen der Herrschaft aus, sondern ebenso der Glaube der Beherrschten an die Legitimität ihrer Ausübung.

So wichtig die normative Distanzierung der freien Gesellschaft von der unfreien Gesellschaft im moralischen und politischen Raum ist und bleiben wird, so sehr ist es Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung, auf dem Unterschied zwischen moralischer Abgrenzung und historischer Erkenntnis zu bestehen. Auch die kommunistische Diktatur verdankte ihre langjährige Stabilität eben nicht allein ihrem

10 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5., revidierte Aufl., Studienausgabe, Tübingen 1976, S. 28.

Gewaltcharakter, sondern ebenso ihrer sozialen Akzeptanz und ihrer politischen und kulturellen Bindungskraft. Nahe liegend ist hier zunächst der Verweis auf die marxistisch-leninistische Staatsideologie, mit der die SED ihren politischen Führungsanspruch rechtfertigte. Die Gewissheit, im Besitz der einzig „richtigen“ Weltanschauung zu sein und die Bewegungsgesetze der historischen Menschheitsentwicklung erkannt zu haben, bestimmte das staatliche Handeln im Arbeiter- und Bauern-Staat von der Bodenreform über die Kollektivierung bis zum starrsinnigen Ausspruch Honeckers noch 1989, den Sozialismus in seinem Lauf hielten, wie schon August Bebel wusste, weder Ochs noch Esel auf. Der Glaube an die historische Überlegenheit der auf soziale Gleichheit und Enteignung des Privateigentums setzenden Gesellschaftsordnung war nicht allein auf die Machthaber beschränkt; er sicherte der Idee des Sozialismus auch gegen den Augenschein des unverkennbaren Zurückbleibens gegenüber den kapitalistischen Gesellschaften des Westens einen erheblichen Kredit in der Bevölkerung und prägte bekanntlich auch das Denken vieler Oppositioneller, die in den achtziger Jahren das sozialistische Experiment gegen seine maktkorruptierten Bankrotteure zu retten hofften.

Stärker noch vermochte sich die DDR über ihren antifaschistischen Charakter zu legitimieren. So stark er von oben verordnet und politisch instrumentalisiert wurde, besaß der ostdeutsche Antifaschismus doch eine soziale Eindringtiefe, die weit über die der sozialistischen Verheißung hinausging. Im Glauben an die moralische Überlegenheit der antifaschistischen DDR über die Bundesrepublik und ihre unbewältigte Vergangenheit suchte Christa Wolf rückblickend unter Berufung auf den Filmregisseur Frank Beyer die Antwort, warum es die Demokratiebewegung in der DDR so schwer gehabt habe: „Weil wir als sehr junge Menschen, aufgewachsen im Faschismus, erfüllt waren von Schuldgefühlen und denen dankbar waren, die uns da herausgeholt hatten. Das waren Antifaschisten und Kommunisten, die aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern und aus der Emigration zurückgekehrt waren und die in der DDR mehr als in der Bundesrepublik das politische Leben prägten. Wir fühlten eine starke Hemmung, gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gesessen hatten.“¹¹

Aus der entschiedenen und radikalen Abkehr von der „Ungeheuerlichkeit des verbrecherischen Unheils, das die Deutschen über die Welt gebracht“ hatten, erwuchs zugleich der Wille, „es nun anders und endlich besser machen“ und im Geiste des Antifaschismus den Bruch mit dem Alten als Parteinahme für das Neue zu begreifen: „Zum Großen Nein“, so schrieb der Historiker Fritz Klein in seinen Lebenserinnerungen, „gehörte das Große Ja zur radikalen, Neubau von Grund auf versprechenden Alternative.“¹² So nährte der ostdeutsche Legitimationsantifaschismus die Inszenierung der DDR als einen ostdeutschen Friedensstaat, der sich von den Lasten der Vergangenheit befreit habe und das zukunfts-

11 Christa Wolf, Was bleibt, Berlin 1990, S. 135f.

12 Fritz Klein, Drinnen und draussen. Ein Historiker in der DDR, Erinnerungen, Frankfurt a.M. 2000, 8f.

fähige Gegenbild zu der unheilvollen System- und Elitenkontinuität des feindlichen Nachbarn im Westen zu verkörpern schien.

Ein drittes Narrativ kommunistischer Herrschaftslegitimation in der DDR speiste sich aus der sozialistischen Fortschritts- und Wohlfahrtsorientierung. Die DDR kannte weder Arbeitslosigkeit noch Unternehmerwillkür, und ihr soziales Netz war straff geknüpft. Die Planbarkeit des Wirtschaftslebens versprach die anonymen Marktgesetze in die historische Vorzeit zu verbannen, die die Gesellschaft einst mit Konjunkturkrisen und Währungsunsicherheit bedroht hatten, und zumindest auf wohlfahrtsstaatlichem Gebiet blieb der Fortschritt in der DDR keine bloße Pathosformel. Darüber hinaus verschaffte eine hohe soziale Mobilität, die in den Anfangsjahren für den beruflichen Aufstieg bisher benachteiligter Schichten sorgte, dem neuen Staat zeitweise erheblichen Legitimationsgewinn, ebenso wie später in den ersten Jahren nach 1971 die von Honecker proklamierte Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik die Akzeptanz des Regimes durchaus zu steigern half.

Herrschaft und Alltag

Wie erfolgreich die auf ideologische Überzeugung und soziale Gratifikation setzenden Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation die Gesellschaft der DDR durchdrangen, ist schwer nachzuprüfen und auch in der Forschung umstritten. Man kann davon ausgehen, dass die zweite deutsche Diktatur – anders als die erste – zu keiner Zeit eine stabile Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu bringen vermochte. Aber offenbar hatte sie zumindest zwischen der Mitte der fünfziger und der Mitte der achtziger Jahre die Mehrheit der Bevölkerung auch nicht gegen sich, sondern verdankte ihre langjährige politische Stabilität dem Zusammenspiel von Machtpotential und einer vorherrschenden Haltung des Staatsvolks, die zwischen begeisterter Identifizierung und passiver Hinnahme changierte. Besonders nach dem Mauerbau 1961 fand der Habitus einer als „missmutige Loyalität“ oder „loyale Widerwilligkeit“ umschriebenen Duldungsstarre breite Akzeptanz, der auf Anerkennung der bestehenden Machtverhältnissen gründete und darauf zielte, den eigenen Vorteil nicht entgegen, sondern unter den gegebenen Umständen zu suchen. Die DDR-Gesellschaftsgeschichte hat mit der von Alf Lüdtke und Thomas Lindenberger eingeführten Formel des sozialen „Eigen-Sinns“ das Augenmerk auf die „Fähigkeit und das Bedürfnis“ der Beherrschten gelenkt, „von der eigenen Person her im Rahmen einer Herrschaftsbeziehung gezielt zu handeln“.¹³ Bei näherem Hinschauen erweist sich die vermeintlich totalitäre Durchdringung der diktatorisch verfassten Gesellschaft als ein alltäglicher Aushandlungsprozess, in dem die Bürger des SED-Staates keineswegs nur passiv auf die Zumutungen von oben reagierten, sondern ihre Bemächtigung durch ihre eigene Deutung und Aneignung mit Sinn erfüllten und als

13 Thomas Lindenberger, *SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und „Eigen-Sinn“: Problemstellung und Begriffe* (unveröffentlichtes Ms., März 2006).

Akteure in soziale Praxis übersetzten. Das Spektrum eigen-sinnigen Verhaltens reichte, „vom Übereifer der glühenden Idealisten und der egoistischen Nutzung der Möglichkeiten einer aktiven Mitarbeit über äußerlich loyales, aber innerlich distanziertes Verhalten bis hin zu passiven Formen der Verweigerung, zu offener Dissidenz und Gegenwehr“.¹⁴

Hinter der scheinbar diametralen Entgegensetzung von Regime und Gesellschaft im Staatssozialismus verbirgt sich im Alltag der gesellschaftlichen Beziehungen eine vielgestaltige Mischung von konflikträchtigen Machtkonstellationen, die sich täglich neu herstellten und zwischen den Polen bereitwilliger Anpassung und kategorischer Ablehnung eine breite Zone des alltäglichen Arrangements konstituierten. Die lebensweltlichen Aushandlungsräume in der SED-Diktatur zeichneten sich zugleich durch eine charakteristische Begrenztheit aus, die die sozialgeschichtliche DDR-Forschung als ein wesentliches Organisationsprinzip staatssozialistischer Herrschaft identifiziert hat. Alltag in der DDR meinte ein Leben mit der Grenze nicht nur in der physischen Realität einer eingemauerten Gesellschaft: Teils unsichtbare, teils offen demonstrierte Grenzen trennten den sozialen Nahbereich vom Arkanum der Herrschaft, schieden das Erlaubte vom Verbotenen, den Geheimnisträger vom Uneingeweihten, den Genossen vom Nicht-Genossen, den Valutabesitzer vom Normalbürger. Die Verbindung zwischen Herrschaft und Alltag in der DDR zeigt sich nicht so sehr in den vermeintlich herrschaftsfreien Nischen und den Grenzen der Diktatur, sondern umgekehrt in einer spezifischen Diktatur der Grenzen, wie Thomas Lindenberger programatisch formulierte.¹⁵

Mit guten Gründen wird das Alltagsleben von Gesellschaften und Gruppen in den Geschichts- und Kulturwissenschaften heute nicht mehr in erster Linie als Zone einer autonomen Sonderkultur verstanden, deren Entwicklung weitgehend unberührt von den politischen Umständen der Zeit verläuft. Im Anschluss an theoretische Konzepte der Wissenssoziologie stellt sich die alltägliche Lebenswelt heute vor allem als ein Wirklichkeitsbereich dar, „den der wache und normale Erwachsene in der Einstellung des gesunden Menschenverstandes als schlicht gegeben vorfindet. Mit schlicht gegeben bezeichnen wir alles, was wir als fraglos erleben, jeden Sachverhalt, der uns bis auf weiteres unproblematisch ist.“¹⁶ Damit wird der Alltag zu dem Ort, an dem Herrschaft über Menschen Stabilität gewinnt, weil sie gar nicht mehr als äußere Forderung, sondern als innere Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird – oder aber labil und gefährdet bleibt, weil sie sich als fremder Zwang präsentiert, der zu den eigenen Einstellungen und Normen in Widerspruch steht. Michel Foucault hat mit dem Begriff der „Gouvernementalität“ auch die alltäglichen Gewohnheiten und Praktiken der

14 Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Ders. (Hg.) Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 13-44, hier S. 30.

15 Ebd., S. 30 ff.

16 Alfred Schütz/Thomas Luckmann, Strukturen der Lebenswelt. 2 Bde. Frankfurt am Main 1979, S. 25.

Selbstdisziplinierungen zu fassen versucht, deren Einübung Gehorsam zugleich erzeugt und als Erfahrung zum Verschwinden bringt. Aus dieser Perspektive ist der Alltag kein Gegenbegriff zu Herrschaft, sondern ihre komplementäre Rückseite – und dies in Demokratien so sehr wie in Diktaturen. In der täglichen Sozialisation werden die Gewohnheiten eingeschliffen und bekräftigt, die in der Diktion von Max Weber Disziplin als „Eingeübtheit“ des kritik- und widerstandslosen Massengehorsams¹⁷ bzw. in der Tradition Edmund Husserls das geschlossene Sinngelände der selbstverständlichen Normen und Ordnungsvorstellungen bilden. Die alltägliche Lebenswelt bezeichnet nicht nur den Ort, an dem die von außen kommende politische Herrschaft als soziale Praxis internalisiert und der Wille der Herrschenden eigenständige Sinngelände durch die Beherrschten erfährt. Er umfasst zugleich den Raum, in dem Herrschaft tagtäglich und tausendfältig neu erzeugt wird und wirkt – im Alltag zeigt sich Herrschaft als soziale Praxis und soziale Praxis als Herrschaft.

Normalität als sinnweltliche Zentralkategorie

Doch politischer Legitimationsanspruch von oben und soziale Selbstbehauptung durch eigen-sinnige Aneignung von unten erfassen noch nicht das Ganze des sozialistischen Herrschaftsgefüges. Die soziale Beziehung von Befehl und Gehorsam, von Machtgebrauch und Machtakzeptanz wird überwölbt von einem gemeinsamen kulturellen Horizont, der sich der zeitgenössischen Wahrnehmung und damit der Kontrolle durch die Herrschenden wie die Beherrschten vielfach entzog und der durch tradierte Gewohnheiten, erlernte Praktiken, geltende Werte und Sprachkonventionen bestimmt war. Mit diesem Phänomen der unsichtbaren Machtsicherung befasst sich die Kulturgeschichte des Politischen, die etwa die Facetten der Herrschaftsinzenierung untersucht, die politischen Gedenk- und Feierkulturen, die Konjunktur von Leit- und Feindbildern, die herrschenden Denkstile und Semantiken und die Grenzen des Sagbaren.¹⁸ Das schwer fassbare Zwischenreich an eingeübten Handlungsweisen und Einstellungen lässt sich als Raum vorbewusster Akzeptanz und unwillkürlicher Gemeinsamkeiten definieren.¹⁹ In der von Gewalt und Überredung, Überzeugung und Gewohnheit begleiteten Schaffung und Aufrechterhaltung einer solchen nach innen homogenisierten und nach außen abgeschlossenen Sinn- und Lebenswelt, die individueller Infragestellung nicht oder kaum zugänglich war und in der die parteimarkistische Staatsideologie ihre Überzeugungskraft überhaupt erst entfalten konnte, lag wo-

17 Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 29.

18 Achim Landwehr, *Geschichte des Sagbaren. Einführung in die historische Diskursanalyse*, 2. Aufl., Tübingen 2004.

19 Wilfried Thaa, *Die Wiedergeburt des Politischen. Zivilgesellschaft und Legitimitätskonflikt in den Revolutionen von 1989*, Opladen 1995, S. 67 und 148 ff. Zum (zwangs-)konsensuellen Legitimationscharakter kommunistischer Diktaturen: Martin Sabrow, *Der künstliche Konsens: Überlegungen zum Legitimationscharakter sozialistischer Herrschaftssysteme*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 1999, Berlin 1999, S. 191-224.

möglich das wichtigste Geheimnis der inneren Stabilität der SED-Diktatur. So künstlich diese Sinnwelt geschaffen war und in ihrem Bestand politisch garantiert blieb, so wirkmächtig vollzog sich ihre allmähliche Veralltäglicung samt dem Übergang von einem Ausnahmezustand der akuten Gewalt hin zu einer Normalität der strukturellen Gewalt.

Diesem Zwischenreich gilt das Interesse des gemeinsamen Forschungsvorhabens, das das Institut für Zeitgeschichte Prag und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam heute aus der Taufe heben und das nach den Repräsentationen gesellschaftlicher Ordnung in Ostmitteleuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fragt. Der ihm zugrunde liegende Ansatz richtet sich nicht darauf, die Abnormität des kommunistischen Projekts zu enthüllen. Vielmehr zielt er umgekehrt auf die zeitgenössische Normalität, fragt nach der empfundenen Selbstverständlichkeit einer Lebenswelt, die uns heute rückblickend alles andere als selbstverständlich und fraglos erscheint. Normalität in diesem Verständnis meint gerade nicht äußere Konsolidierung, vordergründige Anpassung oder ohnmächtige Resignation, wie wir sie für die CSSR unter Husak kennen, aber auch nicht die bewusste Zustimmung der politischen Parteinahme, sondern eine internalisierte Akzeptanz, die aus Unauffälligkeit, aus Nicht-Anstößigkeit resultiert. Ein solches Verständnis von sinnweltlichem Einverständnis stellt damit den Anschluss zur NS-Forschung her, die danach fragt, wie aus ganz normalen Deutschen ein Volk von Antisemiten und aus ganz normalen Männern Massenmörder werden konnten. In den letzten Wochen wurde das vom Holocaust Memorial in Washington publizierte Fotoalbum des SS-Offiziers Karl Höcker weltbekannt. Die 116 Fotos bilden das Grauen von Auschwitz als geselliges Beisammensein der Mordschergen ab – „gelassen, entspannt, belustigt, fröhlich, munter“.²⁰ Das Gespenstische dieser Bilder, die keinen Wachzaun und keinen Häftling zeigen, besteht in der empfundenen Normalität einer Vernichtungsmaschinerie, die offenbar kein schlechtes Gewissen kannte.²¹

Die diktatorischen Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts lebten nicht allein von Angst und Unterwerfung. Sie lebten auch davon, dass ihre Denkstile, ihre Wertvorstellungen, ihre Sinnwelten und ihre politischen Kulturen auf eine beängstigend erfolgreiche Weise die Geltungskraft des Normalen erwarben und ihre eigenen Wertkriterien für Gut und Böse entwickelten. So bezog die kommunistische Herrschaft in Europa ihre eigentliche Durchsetzungskraft keineswegs aus dem Willen zum Rechtsbruch, wie die populäre Etikettierung etwa der DDR-Diktatur als Unrechtssystem unterstellte, sondern aus einem emphatischen Leitbild gesellschaftlicher Gerechtigkeit, demgegenüber die Rechte des Individuums grundsätzlich und radikal zurückzutreten hatten. Nach dem Ende der Diktaturen, wenn eine neue Normalität die alte ersetzt hat, müssen regelmäßig Dämonisierungsstrategien das nun als Normenbruch gedeutete Handeln der damaligen Ak-

20 Reinhard Kaiser, Lachen in Auschwitz, in: FAZ, 24.10.2007.

21 Ebd. „Diese einzigartigen Fotografien illustrieren die abgeschlossene Welt, die sie (die Täter) genossen, während sie eine Welt unfassbaren Leids bewachten“, sagte Museumsdirektorin Sara Bloomfield. „Es ist schwer, die Leute zu ergründen, die diese Lager betrieben.“

teure erklären helfen. Von der unheimlichen Unbegreiflichkeit dieser Spannung zwischen Normalität und Abnormalität zeugen Schlagworte, wie sie Hannah Arendt auf Adolf Eichmann und die „Banalität des Bösen“ münzte oder Christopher Browning auf die „ganz normalen Männer“ der SD- Einsatzgruppen. In der Verführungskraft des Selbstverständlichen als kollektiver Denkstil und als soziale Praxis steckt das Geheimnis der modernen Diktatur, weil es das Fragwürdige als das Frag-lose anzuerkennen erlaubt und es damit vor der In-Fragestellung schützt. Wer dieser Verbindung von Alltagshandeln und Herrschaftslegitimation auf die Spur kommen will, muss danach fragen, wie system-spezifische Normalität im Jahrhundert der Extreme (Eric Hobsbawm) erzeugt wurde. In den Worten des Projektantrags: „Mit dem Rekurs auf die Kategorien 'Repräsentationen gesellschaftlicher Ordnung' und 'Herrschaftswandel' beabsichtigt das Projekt, den Zusammenhang zwischen vordergründig nicht-politischen Vorstellungen von sozialer Ordnung einerseits und der Stabilität bzw. Destabilisierung der staatssozialistischen Parteidiktaturen andererseits auf unterschiedlichen Feldern gesellschaftlichen Handelns zu erläutern. Es zielt auf den schwer fassbaren, jenseits der expliziten Ideologiepostulate und offenen Legitimationsstrategien der Herrschaftseliten liegenden sinnweltlichen Akzeptanzraum, den Bereich der 'vorpolitischen Unterstützung' (Winfried Thaa), auf dem jede Herrschaft fußt.“

Konturen der sozialistischen Sinnwelt

Ich kann und will die Ergebnisse unseres großen bilateralen Forschungsvorhabens nicht vorwegnehmen. Die Ordnung der sozialistischen Sinnwelt hat viele Facetten, von denen ich ganz unsystematisch einige wenige hervorheben möchte, auf die ich selbst immer wieder in meiner Beschäftigung mit der Geschichte des kommunistischen Systems gestoßen bin:

Aus meiner Sicht an erster Stelle sind wohl ganz schlicht die überall hervorsteckende Kollektivitätsorientierung und die Konsensfixierung zu nennen, die den Sozialismus zu einer Diktatur des künstlichen Konsenses machten. Ein aufdringliches Bild von Geschlossenheit prägte die politische Inszenierung der Macht als kollektive Führung, die abweichende Auffassungen als Todsünde des Fraktionismus brandmarkte. Der Neuaufbau der Städte nach dem Zweiten Weltkrieg stellte die Schaffung von Plätzen zur Demonstration politischer Einigkeit oben an, und die Geschichte sozialistischer Macht ist eine Geschichte von Massenaufmärschen und Manifestationen, die immer wieder die Macht der Einigkeit und die Einigkeit der Macht in Szene setzten sollten. Noch im Untergang hielt die SED-Führung bei den Kommunalwahlen vom 5. Mai 1989 ihr auf Fälschung beruhendes Konsensideal einer fast 100%igen Zustimmung höher als den möglichen Legitimationsgewinn durch Glaubwürdigkeit, den eine ungeschönte Abstimmung hätte bringen können. Bei der Abstimmung des Politbüros am 17. Oktober 1989 stimmte auch Erich Honecker für seine eigene Absetzung, so wie 1971 auch der Rücktritt Walter Ulbrichts als Konsens inszeniert worden war. Die

schon von den Vätern der Totalitarismusforschung beschriebene „Leidenschaft für die Einmütigkeit“ strahlte nicht weniger in das Rechtsverständnis, den Betriebsalltag und die private Lebensführung der DDR-Bevölkerung hinein und wirkte sich noch lange nach 1990 als eine gegenüber den Westbürgern deutlich höhere sinnweltliche Orientierung der Ostbürger an Konsens und Harmonie aus. Dass der Sozialismus strukturell nahezu unfähig sei, Streit zu akzeptieren und Kontroversen fruchtbar zu machen, haben nach 1990 Untersuchungen etwa zum Zivilrecht in der DDR deutlich gemacht. Sie hoben hervor, dass die Prozessraten am Kreisgericht Wismar permanent sanken und 1963 nicht einmal mehr ein Achtel der für 1950 anhängigen Fälle ausmachten. Welche Kraft die Egalität als Leitnorm besaß, zeigt sich von der politischen Ideologie über die Grundsätze der sozialistischen Menschenführung bis zur Ästhetik des Wohnens und selbst noch in der Beerdigungsstilen, die für den Osten eine deutlich höhere Präferenz der Urnenbestattung ausweisen. Das Gleichheitsparadigma war verantwortlich für den präsentierten Lebensstil der politischen Klasse und ebenso dafür, dass der Genuss ihrer Privilegien vor allem im Verborgenen stattfand oder wie im Fall der Diplomatenjagd als unvermeidliche Anpassung an den dekadenten Westen deklariert wurde. Nicht umsonst war die Aufdeckung des Lebens in Wandlitz, wo das Politbüro des SED-Staates wohnte, eine mächtige Triebfeder des Protestes gegen das SED-Regime – aber eben nur für Ost-Bürger, während die Westbürger der Bundesrepublik der ungeheueren Empörung über das bisschen Wohnluxus der Parteiführung überwiegend verständnislos gegenüberstanden.

Nicht weniger prägend scheint mir die sakralisierende Hochschätzung von Wissen und Wahrheit in der sozialistischen Sinnwelt, die in der Politikbegründung eine so zentrale Rolle einnahm, aber auch in der sozialen Wertehierarchie oben stand. Wissen war in der sozialistischen Diktatur eine entscheidende Legitimationsressource; aus ihr erwuchs die Vorstellung einer wissenden Avantgarde, die zur Führung der Unwissenden befähigt und berechtigt sei, weil sie die Wahrheit über den gesetzlichen Gang der Geschichte kenne. Folgerichtig schied die Kraft des Geheimnisses in der Hierarchie der Nomenklaturkader die Eingeweihten von den Unwissenden und bestimmte in starkem Maße über die soziale Stellung des Bürgers im Sozialismus: Die beiden gegensätzlichen Figuren des Geheimnisträgers und des Verräters bildeten zentrale Orientierungsgrößen der sozialistischen Sinnwelt. Der Durst nach Wissen prägte die Welt des Sozialismus bis in den Umgang mit der Literatur im „Leseland DDR“, und am anderen Pol der condition humaine beherrschte ein fanatischer Glaube an die Wahrheit des wie immer erpressten Geständnisses die stalinistische Verfolgungspraxis.

Keine weniger prägende Bedeutung kommt vermutlich dem Begriff „Kampf“ als zentraler Metapher von Herrschaft und Alltag im Sozialismus zu. In ihr steckt der Glaube an die Teilung der Welt in Freunde und Feinde, die in permanentem Ringen miteinander stünden und die sozialistische Ordnung in einen fortwährenden Kriegszustand versetzten. In ihr steckt die politische und auch sprachliche Wertschätzung von Gewalt, Härte und Durchsetzungsstärke, die insbesondere die stalinistische Phase der kommunistischen Herrschaft ausmachte. In ihr steckt die

permanente Anspannung und Herausforderung, die den Kampagnen- und Mobilisierungscharakter des kommunistischen Projekts bis in den letzten Winkel des Alltags hinein durchzog, aber auch seine tief gefühlte Künstlichkeit, seine im Inneren viel stärker als von außen empfundene Brüchigkeit mitschwingen ließ.

Eine fundamentale Größe der sozialistischen Ordnung und ihrer allgegenkulturellen Legitimation bildete schließlich das ihr eigene Zeitverständnis. Wie die Uhren des Sozialismus gingen, beeinflusste die politische Zielkultur kommunistischer Herrschaft ebenso wie das tagtägliche Handeln und Denken ihrer Bürger. Der Glaube an den Fortschritt stellte eine allgegenwärtige Pathosformel des kommunistischen Projekts dar, deren mitreißende Kraft nicht nur die politische Programmatik bestimmte. Er prägte ebenso in der ganz alltäglichen Unterscheidung von progressiv und rückschrittlich den sozialen Orientierungsrahmen weit über das Politische im engeren Sinne hinaus; er zeigte sich alltagskulturell und sinnweltlich als Liebe zum Neuen und Abwertung des Alten, er entschied über das Schicksal von Schlössern, Kirchen und Herrenhäuser, deren sinnlose Zerstörung wir heute beklagen; er zeigt sich noch in der charakteristischen Doppelbedeutung des Wortes Rekonstruktion, das keinen Unterschied zwischen der Rettung des Originals und seiner imitierenden Neuschöpfung machte.

Das Zeitdenken des Sozialismus ruhte auf dem Fundament des so gefassten Fortschrittskonzepts. Die Zukunftsvision des Kommunismus bezog ihre Kraft gerade nicht aus der Utopie, sondern genau umgekehrt aus Zukunftsgewissheit – sie war kein imaginärer Un-Ort einer erträumten Gegenwelt, sondern die in Zahlen und Daten angebbare Schrittlänge des sozialistischen Wegs in die Welt von morgen.²² Hinter dieser Denkfigur einer streng rationalen Zukunftsvision stand eine Amalgamierung von Fortschritt und Plan, die sich von der allgegenwärtigen Diskrepanz zwischen Planvorgabe und Planrealität ebenso wenig erschüttern ließ wie vom daraus resultierenden Zwang zur permanenten Plankorrektur. Den kommunistischen Zukunftsdiskurs charakterisierte eine Verschränkung von Vision und Planbarkeit, deren Sprache selbst in der Belletristik noch im kühnsten Blick in die Zukunft nicht die Ruhe der Rationalität verlor und daraus ihre literarische Überzeugungskraft ableitete.²³

22 Zur Zeitlosigkeit des Utopiebegriffs: Rolf Schwendter, *Utopie. Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff*, Berlin/Amsterdam 1994; zum nur vermeintlich utopischen Charakter des kommunistischen Zukunftsentwurfs vgl. Stefan Plaggenborg: „Die Bolschewiki waren keine Utopisten, sondern Praktiker!“ Stefan Plaggenborg, *Experiment Moderne. Der sowjetische Weg*, Frankfurt am Main 2006, S. 95.

23 Darum beginnt Stefan Heyms den Sputnik-Start von 1957 feiernder Lobgesang „Das kosmische Zeitalter“ so: „Kurz nach dem Mittagessen, da mein von keinerlei Gedanken an Literaturdiskussionen gestörtes gutes Gewissen mich gerade einzuschläfern begann, klingelte das Telefon in die Feiertagsruhe hinein. Am Apparat war einer meiner Lieblingsredakteure. ‚Wissen Sie schon das Neueste?‘ – ‚Nein.‘ – ‚Hören Sie denn kein Radio?‘ – ‚Nur wenn ich unbedingt muss.‘ – ‚Sputnik drei kreist um die Erde.‘ Der Mann am Apparat legte eine Pause ein. Er erwartete irgendein ‚Oh‘ oder wenigstens einen beschleunigten Atemzug der Überraschung. Aber ich hielt mich zurück. Ich hatte in der Sowjetunion gelernt, wie man sich wissenschaftlich und leidenschaftslos verhält.“ Stefan Heym, *Das kosmische Zeitalter*. Ein Bericht, Berlin (O), o. J. (1959), S. 38.

Im Bewusstsein des sicheren Voranschreitens einer Zeitherrschaft, die sich im Einklang mit der Gerichtetheit des linearen Zeitfeils weiß, wurzelten Zeitbewusstsein und Zeitästhetik auch des Alltags im Sozialismus. In der Zeitwelt der sozialistischen Gesellschaft regierte ein rationeller Zeitcode, der Zeit nicht mehr als eine autonome Außengröße, sondern als eine unumschränkt beherrschbare Binnenpotenz wahrnahm und Arbeitsverrichtungen in „Zeitaufwandswerten“, „Zeitnormativsystemen“ und „Zeitnormativkatalogen“ zu erfassen gewohnt war. Darum gingen die Uhren im Sozialismus anders und darum musste der Gegensatz zwischen dem Raketentempo der sowjetischen Raumfahrt und dem Schnecken-tempo der Warteschlangen in den Kaufhäusern nicht als der schreiende Widerspruch erlebt werden, den derselbe Gegensatz in einer westlichen Gesellschaft bedeutet hätte.

Der Zerfall des vropolitischen Akzeptanzrahmens

Seinen wichtigsten analytischen Beitrag leistet der sinnweltliche Interpretationsansatz aber wohl für das Verständnis des Verfalls kommunistischer Herrschaft am Ende der achtziger Jahre. Die Erosion der Konsensordnung lässt sich für die DDR, die hier im Vordergrund steht, auf den verschiedensten Ebenen der DDR-Gesellschaft verfolgen. Ihn demonstriert etwa die Welle empörter Briefe, die das Büro des zuständigen Ideologie-Sekretärs Kurt Hager erreichte, nachdem der ZK-Sekretär sich im April 1987 gegen Glasnost und Perestroika gewandt hatte. Genauso tritt er in der zunehmenden Aufsässigkeit gegen die im Zeitalter von sowjetischer Glasnost und Perestroika immer deutlicher als absurd empfundenen Spielregeln des SED-Staates und seiner künstlichen Denkwelt zutage, oder in der Aufspaltung des individuellen Verhaltens in äußere Anpassung und innere Flucht in den Zynismus. Das Verbot der sowjetischen Zeitschrift ‚Sputnik‘ im November 1988 führte plötzlich zu Massenprotesten einer Gesellschaft, die seit sechzig Jahren an die Unterdrückung des freien Wortes gewöhnt war; die Fälschung der kommunalen Wahlergebnisse vom 7. Mai 1989 demaskierte plötzlich ein System, das nie zuvor in den Verdacht geraten war, den in Abstimmungen zum Ausdruck kommenden Wählerwillen ernstlich respektieren zu wollen.

Diese letzten Kommunalwahlen wurden zum eigentlichen Kündigungstermin der langjährigen Kohabitation zwischen öffentlicher und privater Realität. In den Tagen und Wochen nach dem 7. Mai, als der Vorwurf der Wahlfälschung mit immer neuen Indizien untermauert wurde, zerbrach der von den Herrschenden gehegte Glaube an die Einheit von *volonté générale* und *volonté de tous*, von statuerter und empirischer Massenzustimmung zu ihrem Regime. Dieser Mentalitätswandel lässt sich bis in die SED-Führung hinein verfolgen, die im Vorfeld der Kommunalwahl im Sinne eines „bürgerlichen“ Verständnisses darauf pochte, „dass die wahlrechtlichen Bestimmungen [...] über die Ergebnisermittlung strikt

einzuhalten sind“,²⁴ und dennoch gleichzeitig nach den Maßstäben des vertrauten Machtdenkens darauf beharrte, dass die Zahl der Ja-Stimmen nicht geringer ausfallen dürfe als bei vorausgegangenen Wahlen. Das in der SED-Führung zu diesem Zeitpunkt – bei individuellen Unterschieden - noch weitgehend intakte Doppelbewusstsein erklärt, dass selbst „ein Anflug von Scham über das Wahlergebnis“ der Honecker-Gegner in der Politbürositzung vom 9. Mai 1989 die Koexistenz mit der überkommenden Werteordnung nicht in Frage stellte: „Wir sahen ebensowenig, daß wir, die SED – und Egon Krenz in persona –, das Stigma der Wahlfälschung trugen“, bekannte Günter Schabowski rückblickend.²⁵ Erst der anhaltende und mit einer Demonstration an jedem 7. eines neuen Monats institutionalisierte Protest gegen das angesichts der Systemkrise hoffnungslos unglaubliche Wahlergebnis von 98,85 % Ja-Stimmen schuf eine nicht mehr zu schließende Glaubwürdigkeitslücke, die dann im entscheidenden Moment die Mächtigen lähmen sollte. Erst im Zusammenbruch tritt so die eigentliche Bedeutung der künstlich erschaffenen Sinnwelt zutage, die die Stabilität des SED-Staates über Jahrzehnte zu verbürgen geholfen hatte. Als der Leipziger Jugendforscher Walter Friedrich am Morgen des 9. Oktober 1989 zu Egon Krenz fuhr, um die Parteiführung zu einer flexibleren Haltung zu bewegen, hatte er ein Papier im Gepäck, das einen „unerwartet schnell sich vollziehenden Identifikationsverlust in den letzten Wochen“ feststellte. In dem „zunehmenden Verlust der DDR-Identität“ erkannte Friedrich „Wandlungsprozesse des Massenbewusstseins“, die dazu geführt hätten, dass „sich hier in kurzer Zeit geradezu umbruchartig eine neue Mentalität [...] herausgebildet hat“.²⁶

Bestätigt wird Friedrichs Diagnose durch die auf Befragungen von westdeutschen DDR-Besuchern gestützten Infratest-Erhebungen über die politischen Einstellungen ostdeutscher Bürger. Unabhängig von der Überlegung, ob diese Stellvertreterbefragungen die Systemakzeptanz der DDR-Bevölkerung nicht grundsätzlich unterbewerten, bleibt der Befund, dass sich „bis zum Jahre 1988 in den politischen Grundeinstellungen der DDR-Bürger nur relativ geringe Veränderungen feststellen lassen. Erst im Frühjahr bzw. Sommer 1989 ist ein sprunghaftes Anwachsen der Gegnerschaft offensichtlich.“²⁷ Dieses sprunghafte Anwachsen aber lässt sich nicht befriedigend allein mit Hilfe politischer oder

24 Egon Krenz an Erich Honecker, 15.4.1989, zit. nach Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, S. 122.

25 Günter Schabowski, Der Absturz, Reinbek 1992, S. 172. Eine analoge Bewertung ist bei Süß zu finden, der von einer „eigentümlichen Schizophrenie“ in der den Tatbestand der Wahlfälschung immer wieder andeutenden Diktion des für Krenz bestimmten Auswertungsberichts des ZK-Apparats zu den Kommunalwahlen spricht. Süß, Staatssicherheit, S. 125.

26 Walter Friedrich an Egon Krenz, 9.10.1989, zit. nach Ekkehard Kuhn, Der Tag der Entscheidung. Leipzig, 9. Oktober 1989, Berlin/Frankfurt a.M. 1992, S. 92 (Hervorhebung im Original).

27 Anne Köhler, Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage, in: Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. V/2, Baden-Baden 1995, S. 1636-1675, hier S. 164.

wirtschaftlicher Faktoren erklären, die die erste Jahreshälfte 1989 in das kontinuierliche Wachsen der Systemkrise einbetten. Es deutet vielmehr auf den eruptiven Verfall einer soziokulturellen Weltordnung, in der das kommunistische Projekt seine akzeptierte Selbstverständlichkeit zunächst schleichend eingeübt hatte, um dann dammbuchartig in seiner oktroyierte Künstlichkeit offenbar zu werden.

In diesen über Jahrzehnte verinnerlichten und am Ende zerbrechenden Grundmustern sozialer Orientierung verschwimmt die Grenze zwischen Herrschaft und Alltag, zwischen den Sphären der Politik und des selbst bestimmten Lebens nach Feierabend. Gerade darin aber, dass das Politische mehr ist als Politik, liegt die Macht der konkurrierenden Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts verborgen. Ihre Bindungskraft wurzelte nicht nur in Gewalt und Überredung, sondern ebenso in der Wirkungsmacht der scheinbar politikfernen Geschlechterordnungen oder den Denkmustern effizienzorientierter Wirtschaftsexperten. Erst wenn wir diese Erkenntnis ernst nehmen, werden wir die ganze Antwort auf die fassungslose Frage Erich Mielkes und seiner Stasi-Offiziere wissen, wie es eigentlich kam, dass sie „einfach so unsere DDR aufgegeben“²⁸ und vor den „Plüschheinis von der Friedensbewegung“ kapituliert hatten, die doch „beim ersten Schuß auseinandergeraten“²⁹ waren. Am Ende war es eben nicht die materielle Macht der Gewehre, sondern die mentale Ohnmacht ihrer Besitzer, die über das Ende des kommunistischen Projekts in Europa entschied.

Dies wissenschaftlich zu untersuchen und in einem transnationalen Kontext zu diskutieren, ist eine große Aufgabe. Ich freue mich ganz außerordentlich, dass wir sie mit unserem bilateralen Forschungsvorhaben zur sozialistischen Diktatur als Sinnwelt in Zukunft gemeinsam angehen wollen.

28 Erich Mielke, „Ich sterbe in diesem Kasten“. Der frühere Stasi-Chef Erich Mielke über Erich Honecker und den Untergang des SED-Regimes, in: Der Spiegel Nr. 36, 31.8.1992.

29 Zit. nach Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Berlin 1998, S. 342.